

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Taylan Kurt (GRÜNE)**

vom 22. November 2023 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 22. November 2023)

zum Thema:

**Qualität von Einrichtungen und Notunterkünften der niedrigschwelligen
Wohnungslosenhilfe**

und **Antwort** vom 6. Dezember 2023 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 6. Dezember 2023)

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung,
Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Herrn Abgeordneten Taylan Kurt (GRÜNE)

über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei – G Sen –

Antwort

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/17421

vom 22. November 2023

über Qualität von Einrichtungen und Notunterkünften der niedrigschwelligen
Wohnungslosenhilfe

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Abgeordneten: Das Projekt „Zeit für Solidarität“ hat eine Befragung von Nutzer*innen in niedrigschwelligen Einrichtungen in der Wohnungslosenhilfe (Tagesstätten, Arztpraxen, Suppenküchen) Anfang des Jahres durchgeführt (siehe <https://zeitdersolidaritaet.de/ergebnisse/zeit-fuer-gespraechе-11-fokusgruppen-zum-thema-notuebernachtungen/>). Aus den Ergebnissen der Befragung geht hervor, dass ein Großteil der Befragten mit der Qualität der Einrichtungen unzufrieden sind. Hierzu frage ich den Senat:

1. Wie bewertet der Senat diese Befragungsergebnisse?

Zu 1.: Das Projekt „Zeit für Gespräche“ ist im Rahmen des Projekts „Zeit der Solidarität“ entstanden, das beim Verband für sozial-kulturelle Arbeit e. V. - Landesverband Berlin (VskA) / Fachverband der Nachbarschaftsarbeit angesiedelt ist. Das Projekt wurde durch die Deutsche Klassenlotterie Berlin (DKLB) gefördert. Die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung (SenASGIVA) war nicht Auftraggeber der Fokusgespräche, sondern lediglich Kooperationspartner beim Projekt „Zeit der Solidarität“, dessen Schwerpunkt die Durchführung zweier weiterer Zählungen und Befragungen von obdachlosen Menschen war. Insofern kann der Senat nur eingeschränkt auf der Basis des Berichts Auskunft erteilen.

Im Jahr 2022 wurden durch den VskA im Rahmen des Projekts „Zeit für Gespräche“ 207 Einzelgespräche in Angeboten der Berliner Wohnungsnotfallhilfe in eigener Regie durchgeführt. Ergänzend wurden mit Hilfe von Fokusgruppengesprächen das Thema Notübernachtungen in Berlin weiter untersucht. Dazu wurden in elf Fokusgruppen 43 Personen in niederschweligen Angeboten der Wohnungsnotfallhilfen im Zeitraum Februar bis Mai 2023 befragt, die Erfahrungen mit Notübernachtungen hatten. Die Ergebnisse sind in dem Fokusgruppen-Bericht 2023 Zeit für Gespräche zusammengefasst.

Der Bericht führt in der Einleitung aus, dass „Zeit der Solidarität“ ein Format sei, um mit obdachlosen und ehemals obdachlosen Personen ins Gespräch zu kommen. „Ziel ist es, durch diese Gespräche mehr über die Lebenslagen, Herausforderungen der befragten Personen zu erfahren“. Der VskA strebte mit dem Projekt „Zeit für Gespräche“ an, „...wissenschaftliche, politische, partizipative und solidarische Blickwinkel und Aktivitäten rund um das Thema Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit in Berlin zu verbinden, um einen zivilgesellschaftlichen Beitrag zur Abschaffung von Wohnungslosigkeit und zur Verbesserung der Lebensbedingungen von obdachlosen Menschen zu leisten“. In den Fokusgruppengesprächen wurden den obdachlosen Menschen drei Fragen (schlechte Erfahrungen, positive Erfahrungen, Verbesserungsvorschläge) gestellt, um Erfahrungen und Verbesserungsvorschläge zu Notübernachtungen zu gewinnen.

Nach Bewertung der Senatssozialverwaltung hat der VskA bei den Fokusgruppengesprächen eine vornehmlich parteiliche und solidarische Position mit den Gästen von Notübernachtungen eingenommen. In die Gespräche ist lediglich die Sichtweise der Gäste eingeflossen. Die Sichtweise der Beschäftigten/Fachkräfte ist nicht erhoben und dargestellt worden.

Die einleitende Frage war nicht ergebnisoffen formuliert („Welche Erfahrungen haben Sie mit den Notübernachtungen in Berlin gemacht?“), sondern voreingenommen („Haben Sie schlechte Erfahrungen mit den Notübernachtungen in Berlin gemacht? Wenn ja, welche?“). Erst danach folgte die knapper gehaltene Frage „Können Sie positive Erfahrungen erwähnen?“. Dies mag ein Hinweis auf das deutlich stärkere Übergewicht an Antworten mit negativen Erfahrungen erklären.

Zudem weisen mehrere Aussagen darauf hin, dass viele negative Erfahrungen stark von dem Einfluss der einschränkenden Maßnahmen zur Eindämmung des Infektionsgeschehens im Rahmen der COVID-19-Pandemie geprägt waren. Einige Erfahrungen liegen bereits mehrere Jahre zurück oder wurden auch nicht in Berlin gemacht.

Der wissenschaftliche Berater Dr. phil. Klaus Mucha stellt darüber hinaus in seiner Vorbemerkung fest, „dass die Fragestellungen (positive, negative, Vorschläge) zusammenfassend, d. h. reduziert dargestellt sind. Auf harte Quantifizierung wird weitgehend verzichtet..“, sowie dass „...in den zugrundeliegenden Texten (Rohmaterial) nicht nachvollzogen werden kann, ob eine Person viele Äußerungen gemacht hat oder viele

Personen eine Äußerung“. Weiter wird ausgeführt: „Die Gruppendynamik der verschiedenen Fokusgruppen beeinflusst die Menge an Äußerungen. Die Gruppendynamik selbst hängt von allen Teilnehmenden ab, insbesondere auch von der Gruppen-Gesprächs-Leitung und -Assistenz. All diese und weitere Variablen beeinflussen Quantität und Qualität der Äußerungen, weshalb hier nur mit einer der Datenqualität angemessenen Zurückhaltung mit den Ergebnissen nach Inhaltsanalyse umgegangen werden sollte. Insbesondere ist zu empfehlen, die Ergebnisse mit Obdach- bzw. Wohnungslosigkeit Erfahrenen zu validieren“. Damit räumt der wissenschaftliche Berater ein, dass nur eine eingeschränkte Datenqualität vorliegt.

In allen im Integrierten Sozialprogramm/ISP geförderten Notübernachtungen werden im Berichtsjahr pro Nacht 235 Personen (im Sommer: 305) aufgenommen; in der Winterzeit werden im Rahmen der „Kältehilfe“ rd. 1.100 Personen pro Nacht aufgenommen. Bei den elf Fokus-Gesprächen mit 43 wohnungslosen Menschen wurden - nicht repräsentativ - 3,9 % der Gäste einer Nacht zum Thema Notübernachtung befragt. Die Befragung bzw. die Datengrundlage basiert auch nach eigener Berichterstattung auf geringer Validität bzw. Reliabilität.

2. Was gedenkt der Senat gemeinsam mit den betroffenen bezirklichen Sozialämtern zu unternehmen, um die geäußerten Kritiken an den in der Umfrage genannten Einrichtungen ernst zu nehmen und die genannten Missstände anzugehen? Dabei geht es um folgende Kritikpunkte:

- a) Personal: unhöflich, nicht hilfsbereit, überfordert, schlecht qualifiziert, demütigend, rassistisch, drohend,
- b) Willkürlichkeit/ Undurchschaubarkeit von Hausregeln: Umgang mit privatem Besitz, Essenszeiten, Weckzeiten
- c) Einlasskriterien: Filzen wie am Flughafen
- d) Überforderungen beim Umgang mit psychisch erkrankten Personen (vor allem psychotische Personen)
- e) Atmosphäre: keine Ruhe, zu viele Menschen auf engem Raum, Schnarchen, Gefühl ständiger Kontrolle
- f) Fehlender Zugang zu medizinischer Versorgung
- g) Fehlende Barrierefreiheit
- h) Diebstahl von Wertsachen
- i) Kein Zugang für Tiere
- j) Hygienische Mängel

Zu 2.a) bis 2.j): Die in der Anfrage aufgeführten Kritikpunkte können aufgrund mangelnder Sachlichkeit und begrenzten Datenqualität nur teilweise aufgegriffen und kommentiert werden:

Das Personal als „unhöflich, nicht hilfsbereit, überfordert, schlecht qualifiziert, demütigend, rassistisch, drohend,“ zu bezeichnen, ist pauschal unsachlich. Vor dem Hintergrund des Studiendesigns erübrigt sich eine Befassung auf diesem Niveau.

Die Arbeit der sicherheitsbezogenen Aspekte der Notübernachtung sind wenig differenziert dargestellt oder möglicherweise nicht verstanden worden: Gäste werden nicht „gefiltzt“. Die Mitarbeitenden haben sicherzustellen, dass im Gepäck keine Suchtstoffe und/oder Waffen

mit in die Notübernachtung eintragen werden, um die eigene Sicherheit und die der Gäste zu gewährleisten.

Zum Thema Diebstahl ist zu ergänzen, dass die großen Notübernachtungen das Eigentum der Gäste nachts in Schließfächern verwahren und morgens beim Verlassen aushändigen. Diese Praxis stellt zum einen sicher, dass keine sicherheitsrelevanten Gegenstände eingetragen werden, zum anderen beugt diese Praxis auch Diebstahl vor. In diesem Kontext ist die Aussage einzusortieren, dass vermeintlich „Sachen weggenommen“ werden. Diebstähle können durch die o.g. Praxis in jedem Fall auf ein Minimum reduziert werden.

Notübernachtungen haben konzeptionell keinen Auftrag zur ambulanten medizinischen Versorgung. Der Zugang zu medizinischer Versorgung ist jedoch Bestandteil der Verweisberatung der Notübernachtungen.

Die Senatssozialverwaltung wird die Ergebnisse der Gespräche in jedem Fall im Rahmen ihrer begleitenden Erfolgskontrolle nach Nr. 2. Zu § 44a AV Landeshaushaltsordnung mit den Trägern sachlich und wertschätzend aufgreifen. Diese Gespräche finden in einem fortlaufenden Prozess zum Qualitätsmanagement statt, um Abläufe zu erörtern und im laufenden Prozess zu optimieren.

3. Was gedenkt der Senat zu unternehmen, um die in der Umfrage herauskristallisierten Vorschläge zu den Wohnungslosentagesstätten anzugehen?

4. Die Zuständigkeit für die Wohnungslosentagesstätten obliegt den Bezirken, jedoch sind diese ein Baustein bei der Versorgung von obdachlosen Menschen bei der Überwindung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit. Welche Pläne verfolgt der Senat mit den Wohnungslosentagesstätten, insbesondere im Hinblick auf einheitliche Qualitätsstandards, eine stärkere zielgruppenspezifische Unterscheidung der Wohnungslosentagesstätten und einer gesamtstädtischen Steuerung dieser durch den Senat analog zur Kältehilfe?

Zu 3. und 4.: Die Wohnungslosentagesstätten in Berlin werden dezentral vom jeweiligen Standortbezirk gefördert. Sowohl die konzeptionelle Ausgestaltung als auch die Finanzierung obliegt den Bezirken. Der Berliner Senat hat keine Planungen, die Dienste in einer gesamtstädtischen Struktur zu fördern.

Berlin, den 06. Dezember 2023

In Vertretung

Aziz B o z k u r t

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung,
Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung